

NIEDERSCHRIFT

über die 52. Sitzung des Bauausschusses

vom: **02.09.2002**
von: **14:45 Uhr**
bis: **17:38 Uhr**
Ort: **Rathaus Geisweid,
Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

I. Vom Bauausschuss:

Schulte, Werner - als Vorsitzender
Cziba, Ansgar - ab 14.55 (TOP 5)
Flender, Friedhelm
Gaden, Helga
Grünekle, Klaus-Joachim
Hellmann, Horst
Panthöfer, Ulrich
Rothenpieler, Wilhelm
Schneider, Manfred
Schultz, Walter
Siebel, Helmut - bis 15.40 Uhr (w. TOP 5)
Wagener, Eckhard
Wunderlich, Horst - für Stv Reitz, Manfred

II. Beratende Mitglieder:

Berner, Hans
Delius, Friedmund

III. Als Zuhörer:

Leonhardt, Traugott
Vogler, Alfred

IV. Auf Grund besonderer Einladung zu TOP 5:

Herr Ante
Herr Stein
Herr Backfisch

V. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Städt. VD Mengel
Städt. BD Bonstein
Dipl.-Ing. Rohr
Städt. Vermessungsrat Becher
Dipl.-Ing. Diehl
Städt. OVR Dr. Kraft
Dipl.-Ing. Roth
Städt. OVR Düber
Controller König
Dipl.-Ing. Brede
Dipl.-Ing. Koch
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend war:

Reitz, Manfred

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Der Öffentliche Teil wird einvernehmlich um Punkt 11 - Schäden auf Grund des Starkregenereignisses am 28.08.2002, Sachstandsbericht - und der nichtöffentliche Teil um den nachgereichten Punkt 5.4 erweitert.

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Delius (F.D.P.) bestimmt, da ein Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch nicht anwesend ist und der Vertreter der UWG-Fraktion die Sitzung vorzeitig verlassen wird.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

3.1. Verlegung der Zufahrt zur Deponie Fludersbach

Anfrage der SPD-Fraktion

Herr Dr. Kraft berichtet, dass sowohl die Problematik der Verkehrssituation in der Straße Fludersbach als auch die Schaffung von alternativen Zufahrten zur Deponie in der Vergangenheit mehrfach in den städtischen Gremien angesprochen und erörtert wurden.

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 24.04.2002 nach ausführlicher Beratung u. a. beschlossen, dass der Kreis Siegen-Wittgenstein sowohl alternative Standorte für alle Aktivitäten der Abfallbehandlung und -entsorgung überprüft als auch für die bestehende Deponie Fludersbach im Interesse der Wohnbevölkerung alternative Trassen untersuchen möge.

Der Ausschuss des Kreises Siegen-Wittgenstein für Umwelt und Landwirtschaft hatte sich am 16.04.2002 in einer Sondersitzung mit dem Thema beschäftigt. Hier war der Kreisverwaltung ebenfalls aufgegeben worden, u. a. alternative Zufahrtsmöglichkeiten zu überprüfen.

In einem Gespräch am 23.05.2002 unter Beteiligung von Herrn Bürgermeister Stötzel und Herrn Kreisdirektor Bender war seitens der Stadt unter Hinweis auf die entsprechende Beschlusslage der städt. Gremien dem Kreis gegenüber nochmals verdeutlicht worden, der Prüfung von alternativen Zufahrtsmöglichkeiten besondere Bedeutung beizumessen.

Der Kreis Siegen-Wittgenstein als Deponiebetreiber untersucht z. Z. verschiedene Varianten einer alternativen Zufahrt zum Deponiegelände. Mit den hiervon berührten Grundstückseigentümern - u. a. den Waldgenossenschaften - werden entsprechende Gespräche geführt.

In Kenntnis des besonderen Interesses der Stadt Siegen wird der Kreis die Verwaltung und die städtischen Gremien je nach Fortgang der Gespräche beteiligen und entsprechend informieren.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. **Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" im Stadtteil Oberschelden;**
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB
 - Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung
 - Abwägung der Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden
 - Beschluss des Planentwurfes und seine öffentliche Auslegung
 - Vorstellung des Entwurfes der örtlichen Bauvorschriften im Bereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 250 "Im Boden"

Vorlagennr. 1997/2002 und 1997/2002 A - Vorlagen vom 10.06. und 07.08.2002

Herr Schneider teilt mit, dass hinsichtlich der Prioritätensetzung für die Bauleitplanung in Oberschelden nach wie vor unterschiedliche Meinungen bestehen. Bezugnehmend auf die Ausführungen zur Stellungnahme der IHK macht er deutlich, dass die Ausweisung von Gewerbegebieten erheblich begrenzter ist, als die Schaffung von Wohnbauflächen. Mögliche Beeinträchtigungen für das potenzielle Gewerbegebiet Oberschelden/Seelbach sollten daher stärker gewichtet werden.

Die Erweiterung des Geltungsbereiches nördlich der Straße "Am Tredenber" stellt seines Erachtens keine Arrondierung des Ortsbildes dar. Vielmehr werden, im Gegensatz zu der nicht berücksichtigten Parzelle 83, die Eigentümer dieser Flächen begünstigt. Abschließend macht er darauf aufmerksam, dass die Eigentümer der im Plangebiet liegenden, bereits bebauten Grundstücke auf die Heranziehung zu Straßenausbaubeiträgen vorab hingewiesen werden sollten.

Herr Cziba erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Entwässerung über ein Mischsystem für bedenklich hält.

Frau Rohr merkt an, dass die Bebauung "Im Boden" von der Fläche des potenziellen Gewerbegebietes weiter entfernt liegt, als die vorhandene Bebauung im Norden. Bei einer konkreten Beplanung werden mittels eines Lärmgutachtens die Nutzungsfestlegungen im Hinblick auf diese Flächen und auch bezüglich des geplanten Gebietes "Vor der Hohler" zu treffen sein.

Die Erweiterung des Baugebietes "Im Boden" um die nördlich der Straße "Am Tredenber" gelegene Fläche erfolgte auf Grund einer Anregung im Rahmen der Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung hat den Vorschlag als Abrundung der Ortsbebauung aufgegriffen. Dem Vorschlag auf Einbeziehung der Parzelle Nr. 83 sollte nicht gefolgt werden, da diese im FNP als landwirtschaftliche Fläche dargestellt ist und eine Bebauung - entgegen dem Votum des Bauausschusses - über die Horizontlinie herausragen würde. Die Entwässerung über ein Mischsystem entspricht dem Abwasserplan. Auf Grund der Topographie und der Bodenbeschaffenheit ist das Gebiet für eine Versickerung nicht geeignet. Bezüglich der Heranziehung zu Straßenausbaubeiträgen ist darauf hinzuweisen, dass der bereits vorhandene Teil der Johannes-Spies-Straße nicht abschließend ausgebaut ist und von den Anliegern bisher keine Beiträge erhoben wurden.

Herr Schultz begrüßt die Planung, zumal die Ausgleichsflächen innerhalb des Gebietes ausgewiesen werden können. Er wünscht eine möglichst schnelle Fortführung des Verfahrens.

Herr Rothenpieler sieht die vorgeschlagene Erweiterung des Plangebietes nicht als Abrundung. Eine beidseitige Bebauung entlang einer Straße ist seines Erachtens zwar grundsätzlich sinnvoll, da diese Fläche aber außerhalb der im FNP dargestellten Wohnbaufläche liegt, befürchtet er eine Verzögerung im Planverfahren auf Grund der notwendigen Änderung des FNP.

Herr Schulte bittet zu klären, inwieweit diesbezüglich eine zeitliche Beeinträchtigung zu erwarten ist und möchte wissen, ob die Frage bereits im Vorfeld mit der Bezirksregierung besprochen wurde. Ziel des Bauausschusses war die Herbeiführung des Satzungsbeschlusses im Herbst 2002. Da bereits jetzt ein Zeitverzug besteht, ist eine Verzögerung nicht akzeptabel.

Frau Rohr führt aus, dass die Erweiterung noch nicht mit der Bezirksregierung erörtert wurde, da noch kein Votum der politischen Gremien vorlag. Die Verwaltung erwartet keine Probleme, da die Planung im südlichen Bereich des Baugebietes hinter der Darstellung des FNP zurückgeblieben ist.

Herr Delius merkt kritisch an, dass die Bautiefe in der Erweiterungsfläche im Vergleich zu den anderen Flächen wesentlich größer ist und damit andere Bebauungsmöglichkeiten bestehen.

Herr Rothenpieler beantragt, die ursprüngliche Planung zu Grunde zu legen und die vorgeschlagene Erweiterung zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiter zu verfolgen.

Herr Schneider teilt die Bedenken hinsichtlich der Bautiefe in der Erweiterungsfläche und erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Antrag von Herrn Rothenpieler zustimmen wird.

Bezug nehmend auf die Ergänzungsvorlage teilt Frau Rohr mit, dass mit Schreiben vom 16.06.2002 erneut die Anregung vorgebracht wurde, die Parzelle Nr. 83 in das Plangebiet einzubeziehen.

Beschlussvorschlag (mit Änderung):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" im Stadtteil Oberschelden. Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan Anlage 1 zur Vorlage) wird begrenzt durch die Straße "Am Tredenbergl", die Johannes-Spies-Straße und die freie Landschaft mit der Änderung, dass die nördlich der Straße "Am Tredenbergl" gelegenen Flurstücke 15, 193, 194 und 17 aus dem Plangebiet herausgenommen werden.

2. a) die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 250 "Im Boden" gemäß den der Vorlage Nr. 1997/2002 als Anlage 5 beigefügten Stellungnahmen 1 - 17 (Abwägung) und

b) die nachträglich vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 250 "Im Boden" gemäß den der Vorlage Nr. 1997/2002 A als Anlage 2 beigefügten Stellungnahmen 1 und 2 (Abwägung) mit der Änderung zu 2, dass die nördlich der Straße "Am Tredenbergr" gelegenen Flurstücke 15, 193, 194 und 17 aus dem Plangebiet herausgenommen werden

zu behandeln;
3. die nachfolgenden Änderungen / Ergänzungen der Begründung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden":

Seite 9

Punkt 8 - Ver- und Entsorgung

Der erste Absatz wird um folgenden Satz ergänzt:
"Die vorhandene 10 kV-Freileitung wird entsprechend der bestehenden Verträge als Erdkabel in die öffentliche Verkehrsfläche umgelegt.

Der dritte Absatz wird wie folgt ergänzt:
Die Trafostation ist im Bereich des Spielplatzes vorgesehen. Eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch elektromagnetische Felder für den Menschen (Erwachsene, Kinder) - auch bei dauerhaftem Aufenthalt in unmittelbarer Nähe der Trafostation - ist nicht gegeben.

Seite 9

Punkt 8 - Ver- und Entsorgung

Der erste Absatz wird um folgenden Satz ergänzt:
"Die vorhandene 10 kV-Freileitung wird entsprechend der bestehenden Verträge als Erdkabel in die öffentliche Verkehrsfläche umgelegt.

Der dritte Absatz wird wie folgt ergänzt:
Die Trafostation ist im Bereich des Spielplatzes vorgesehen. Eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch elektromagnetische Felder für den Menschen (Erwachsene, Kinder) - auch bei dauerhaftem Aufenthalt in unmittelbarer Nähe der Trafostation - ist nicht gegeben.

Seite 14

Merkmale der Auswirkung auf die natürlichen Schutzgüter

Der vierte Absatz wird gemäß der Beratung im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie vom 11.07.2002 wie folgt neu formuliert:

Während die Auswirkungen auf Oberflächengewässer indirekter Natur sind, wird der Grundwasserhaushalt durch die Versiegelung direkt beeinflusst. Das nicht als Brauchwasser verwendete Niederschlagswasser wird in das öffentliche Kanalsystem eingeleitet. Der vorhandenen Untergrund auf den meist stark geneigten Hangflächen ist nicht geeignet, das anfallende Niederschlagswasser in nennenswertem Umfang zu versickern.

4. gem. § 3 Abs. 2 BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" mit Begründung einschl. Umweltbericht und seine öffentliche Auslegung;

5. der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der örtlichen Bauvorschriften (Anlage 7 zur Vorlage) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung gem. § 86 BauO NW durchzuführen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Stimme dagegen), 1 Enthaltung

6. **I. Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost";**
hier: - Ergänzung der Verwaltungsvorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Teilung des Bebauungsplangebietes in Teil A (östlicher Teil) und Teil B (westlicher Teil)
- Beschluss des Bebauungsplangebietes Nr. 247 "Giersberg-Ost" Teil A als Satzung

Vorlagenr. 1854/2002 A - Vorlage vom 19.08.2002

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Beschlussvorschläge Ziff. 1.3 und 1.4 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002 nicht zu beschließen.
2. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Anschluss an die Beschlüsse 1.1, 1.2 sowie 1.5 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002
 - 2.1 das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" in die Teile A (östlicher Teil) und B (westlicher Teil) gemäß Anlage 1 (Lageplan) zu teilen;
 - 2.2 den Bebauungsplan "Giersberg-Ost" Teil A (östlicher Teil) gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Stimme dagegen), 0 Enthaltungen

7. **Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 9 - Bauverwaltung / Straße und Verkehr**

Vorlagenr. 2145/2002 - Vorlage vom 06.08.2002

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

8. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 7 - Städtebau und Umwelt

Vorlagenr. 2147/2002 - Vorlage vom 13.08.2002

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

9. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 8 - Abt. 8/1 - Grünflächen - (Bereich Bestattungswesen)

Vorlagenr. 2166/2002 - Vorlage vom 09.08.2002

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

10. Künftiges Bebauungsplangebiet "Ober dem Feldgarten"

mündlicher Bericht

Anhand eines Luftbildes erläutert Frau Rohr den Bebauungsentwurf. Die Verwaltungsvorlage zum Offenlegungsbeschluss wird derzeit erarbeitet, die abschließende Beratung ist für die Dezember-Sitzung des Rates vorgesehen. Der Satzungsbeschluss und parallel dazu der Umlegungsbeschluss könnten nach der Sommerpause 2003 erfolgen. Es liegt umfangreiches Abwägungsmaterial vor, wobei die Schwerpunkte in der äußeren Erschließung und den lokal-klimatischen Bedingungen liegen.

◆ Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

11. Schäden auf Grund des Starkregenereignisses am 28.08.2002

Herr Brune informiert, dass in der Nacht vom 28. / 29. 08. unverzüglich die Schäden begutachtet und teilweise beseitigt bzw. die Bereiche abgesperrt wurden. An der Eiserfelder Straße war in Höhe des Wal-Marktes ca. 1 cbm Erdreich vom Hang abgerutscht, die Absicherung konnte zügig erfolgen.

Im Hochbaubereich waren verschiedene Keller überschwemmt, es sind nunmehr Folgeschäden und ggf. notwendige bauliche Maßnahmen zu prüfen. An der Gesamtschule am Giersberg ist ein Schulpavillon zusammengebrochen und wurde bereits durch das THW abgebrochen. Die bereits seit Februar gesperrten Räume wurden nach derzeitigem Kenntnisstand nur noch als Abstellräume genutzt.

Im Straßenbereich sind zahlreiche Schäden durch Über- oder Unterspülungen festzustellen, die Zug um Zug entsprechend der Gefahrenlage beseitigt werden müssen.

Nach Einschätzung der Verwaltung können diese Arbeiten durch den Bauhof erledigt werden.

Die stärksten Schäden sind auf dem Friedhof Kaan-Marienborn durch das Abrutschen eines Teils des Geländes entstanden. Fünf unterhalb liegende Wohngebäude sind durch die Schlammmassen beeinträchtigt. Schlamm und Geröll wurden bereits abtransportiert um festzustellen, wie in diesem Bereich weiter zu verfahren ist. Eine Regelung mit den betroffenen Anliegern wird derzeit diskutiert.

Herr Düber berichtet ergänzend, dass auf dem Käner Friedhof am Donnerstag Vormittag stufenweise ca. 1000 cbm Gelände eines Gräberfeldes abgerutscht waren und 19 Gräber mitgerissen wurden. Die Särge und Leichen wurden geborgen und zur Identifizierung zum Gerichtsmedizinischen Institut nach Bonn überführt. Die Angehörigen wurden unverzüglich durch Mitarbeiter der Verwaltung und die örtlichen Seelsorger betreut.

Das Gelände wurde mit Fachleuten mehrfach intensiv begutachtet, eine Auswertung, die auch Aufschluss über die mögliche Ursache geben könnte, liegt noch nicht vor. Darüber hinaus wurden alle Friedhöfe im Stadtgebiet besichtigt. Gemeinsam mit dem geologischen Dienst ist eine erneute Bewertung vorgesehen.

Auf dem Friedhof Bürbach sind zwei Gräber durch von einer Böschung abrutschende Erde geringfügig beschädigt worden. Es sind entsprechende Sicherungsmaßnahmen vorgesehen.

- ◆ Der Bauausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.